

Redebeitrag Gaby Edlefsen zu TOP 18 Kreistag vom 24.09.2010

Beratung und Beschlussfassung über eine Resolution zu den geplanten Kürzungen in den Bereichen Frau & Beruf, Frauenhäusern, Frauenfachberatungsstellen/Notrufe und den Mädchentreffs

Sehr geehrter Herr Kreispräsident,
sehr geehrter Herr Landrat,

zu der vorliegenden zu beschließende Resolution möchte ich noch wie folgt ausführen:

das wir eine desolante Haushaltslage nicht nur in S-H, sondern in der ganzen Bundesrepublik haben, ist nicht mehr zu überhören und zu überlesen. Jeden Tag kommen neue Horrormeldungen von Seiten der Politik. Aber wer eine große Lobby hat und am lautesten schreit, wird meist verschont. Ist das gerecht?

Die Beschlusslage der Haushaltsstrukturkommission von CDU/FDP sieht Einsparungen vor, die bei genauem Hinsehen in vielen Bereichen die strukturelle Benachteiligung von Frauen zur Folge hat. Die Einsparvorschläge gehen vor allem auf Kosten von Frauen. Risikobewertungen kann es vorab nicht gegeben haben.

Die Mittel für die Mädchentreffs sollen ab 2011 sollen komplett gestrichen werden. Sie sind aber ein geschützter Ort für Mädchen und junge Frauen. Ihre Forderungen wurden schon in den vergangenen Jahren mehrfach gekürzt. Hier sind wir der Meinung, dass ein „Benchmarking“ gegenüber der Kreisverwaltung stattfinden sollte, da viele Angebote, die auch beim Kreis angesiedelt, bearbeitet und sehr gut aufgehoben sind.

Bei den Einrichtungen Frau & Beruf sollen von 2011 bis 2014 schrittweise die Landesmittel auf Null gekürzt werden, d. h. insgesamt 700.000 Euro. Die Fördermittel der EU in Höhe von 43 % würden dann ebenfalls wegfallen.

Um die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, wurden die Beratungsstellen Frau & Beruf gegründet. Es gibt elf Beratungsstellen landesweit. Zum einen beraten sie Frauen in der Phase der beruflichen Orientierung (67%), zum anderen sind sie an der Entwicklung von strukturpolitischen Maßnahmen beteiligt. Die Beratungen von ratsuchenden Frauen sind nicht – wie im HSK-Papier behauptet – mit den Beratungsangeboten der Arbeitsagenturen gleichzusetzen. In Arbeitsagenturen werden Beratungsangebote zur Berufsorientierung überhaupt nicht vorgehalten. Frau & Beruf beraten unabhängig davon, ob eine Erwerbslosigkeit droht oder besteht, sondern werden in ihrer gesamten persönlichen und beruflichen Lebenssituation individuell wahrgenommen. Hier werden realistische Chancen und Möglichkeiten einer beruflichen Umorientierung, Wiedereingliederung im Einzelnen erarbeitet. Ziel ist hierbei ein individueller, nachhaltiger und effektiver Wiedereinstieg. Außerdem besteht eine weitere Aufgabe von Frau & Beruf darin, Ratsuchende optimal auf die Gespräche bei der Arbeitsagentur vorzubereiten. Insgesamt haben 2009 579 Frauen 4560 Folgeaktivitäten umgesetzt, wobei die meisten über eine Arbeitsplatzsuche in eine Beschäftigung geführt haben. Die Beratungsstellen arbeiten mit Betrieben sowie Weiterbildungsträgern zusammen und fungieren hier als Schnittstelle. Zudem fokussiert Frau & Beruf die strukturpolitischen Aktivitäten zunehmend auf den Fachkräftemangel. In einigen Branchen ist dies bereits offensichtlich in anderen wird es langsam spürbar. Frau & Beruf etabliert eine intensive fachliche Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.

In den Jahren 2011 und 2012 sollen die Mittel für die Frauenberatungseinrichtungen/Notrufe

Um 100.000 Euro gekürzt werden.

Im Jahr 2009 wurden mehr als 8.900 Frauen und Mädchen hier beraten. In den Stellen werden Frauen und Mädchen begleitet und beraten, wenn sie sexuelle und häusliche Gewalt, Stalking und psychosoziale Krankheiten wie Essstörungen, Sucht, Trennung, Schwangerschaft usw. erlebt haben. Also – Frauenfachberatungseinrichtungen sind einfach heute leider immer noch unverzichtbar.

1.063 Kinder und 1.130 Frauen haben in Schleswig-Holstein in 16 Frauenhäusern einen anonymen Schutz- und Zufluchtsort gefunden. Außerdem bieten die Frauenhäuser auch telefonische und externe Beratungen für Frauen an, die von Gewalt betroffen sind, jedoch keine Zuflucht suchen. Im Jahr 2009 waren dies 5.535 Frauen.

Nun sollen den Frauenhäusern 500.000 Euro an Mitteln gekürzt werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser erfolgt seit 1996 über das Finanzausgleichsgesetz, wobei das Land einen Anteil von 20 % bereit, ca. 80 % des Gesamtbudgets gehen aus der Finanzausgleichsmasse zu Lasten der Kommunen. Seit 3 Jahren ist die im Finanzausgleichsgesetz vorgesehene Dynamisierung der Mittel eingefroren, so dass faktisch die Frauenhäuser seit drei Jahren von 263.863 Euro Einsparungen betroffen sind. Weitere Einsparvorschläge würden zu einem Abbau von 47 Frauen und ihren Kindern führen. Im Jahresdurchschnitt wird ein Frauenhausplatz landesweit von 6,4 Personen genutzt. Ein Abbau von 47 Plätzen würde bedeuten, dass für 300 von Gewalt bedrohte oder betroffene Personen keine Möglichkeit der Aufnahme bestünde.

Was kostet überhaupt Gewalt? Hat irgendjemand sich eigentlich schon Gedanken über die Folgekosten bei den ganzen Sparpaketen gemacht?

Auf dem Fachtag im Mai 2010 in Kieler Landeshaus wurde verdeutlicht, dass beispielsweise bei einem Fall von häuslicher und sexueller Gewalt Kosten i.H. von 115.000 Euro auf den Staat zukommen, vom ersten Polizeieinsatz über verschiedene Beratungsleistungen bis hin zu Kosten eines Gerichtsverfahrens. Hier sind noch nicht einmal Krankenkosten bei stationären oder ambulanten Behandlungen enthalten.

Die Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission und damit der Landesregierung sind nicht nur kurzfristig, standortschädigend, und undurchdacht, sondern unsozial, unwirtschaftlich, frauen- und familienfeindlich. Die HSK spart wieder einmal bei denjenigen, von denen der geringste Widerstand zu erwarten ist und die wenig bis gar keine Lobby haben, da sie mit ihren eigenen Problemen behaftet sind.

Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie bitte den Ausdruck, aber ich finde es wirklich zum Kotzen, wie mit den Menschen, hier besonders mit Frauen und Kindern, in S-H umgegangen wird. Banken wird mit Steuergeldern schnell geholfen, damit sie Bonis ausschütten können, es finden Steuer- und Abgabenerhöhungen, Erhöhungen der Krankenkassenbeiträgen zu Lasten der Bürger und vieles mehr statt.

Die Landes- wie auch die Bundesregierung muss sparen, aber sinnvoll und unter Einbeziehung aller sachkompetenter Belange.

Mit unserer Resolution müssen wir die Haushaltsstrukturkommission auffordern, transparente Verfahren und auf der Grundlage fundierter Daten ein sozial mit allen Institutionen und Personen mit entsprechender Sachkompetenz abgestimmtes Papier zu entwerfen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.